

PRESSEMITTEILUNG

VAD an Bundeskanzler Merz: „Elektromobilität braucht keinen Zwang“

Automobilhändler begrüßen deutsch-französische Annäherung zur Abkehr vom EU-Verbrennerverbot – Beratungen Ende kommender Woche in Brüssel – Elektroautos setzen sich auch ohne staatliche Vorgaben durch

Berlin, 9. Oktober 2026 – Der Verband der Automobilhändler Deutschlands (VAD) unterstützt eine Initiative Deutschlands und Frankreichs für ein Aufweichen des Verbrennerverbots auf EU-Ebene. In einem Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz fordert VAD-Präsident Burkhard Weller, bei den Verhandlungen über das europäische „Automotive Package“ auf ein Verbrennerverbot und verpflichtende Elektroautoquoten für gewerbliche Flotten zu verzichten. Die Elektromobilität werde sich auch ohne ein Verbot des Verbrenners durchsetzen, ist der Verband überzeugt.

Anlass des Schreibens ist die deutsch-französische Verständigung über eine Abkehr vom geplanten EU-Verbrennerverbot, über die Ende kommender Woche in Brüssel beraten werden soll. Der VAD begrüßt, dass Bundeskanzler Friedrich Merz und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron gemeinsam auf eine Kurskorrektur in der europäischen Automobilpolitik hinarbeiten. Für die mittelständischen Automobilhändler seien verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit entscheidend.

„Wir Autohändler sehen jeden Tag, dass die Elektromobilität auf dem Vormarsch ist. Elektroautos werden immer attraktiver und die Kunden nehmen sie zunehmend an“, sagt Weller. „Im August lag der Anteil batterieelektrischer Fahrzeuge an den Neuzulassungen bereits bei 32,4 Prozent. Elektroautos tragen inzwischen wesentlich zur Stabilisierung des Automobilmarktes bei. Warum also die Kunden mit Verböten und Quoten zu etwas zwingen, für das sie sich zunehmend freiwillig entscheiden?“

Technologieoffenheit statt Verbrennerverbot

Der VAD fordert, das für 2035 vorgesehene faktische Verbot neuer Pkw mit Verbrennungsmotor aufzugeben – auch in abgeschwächter Form. Komplizierte Kompensationsmechanismen und bürokratische Ausnahmeregelungen seien keine Lösung. Stattdessen müssten die CO₂-Flottengrenzwerte so angepasst werden, dass auch Kunden, die weiterhin auf Verbrennungsmotoren angewiesen sind, entsprechende Fahrzeuge kaufen können.

Zudem spricht sich der Verband für eine eigene Fahrzeugkategorie aus, deren Fahrzeuge ausschließlich mit klimaneutralen Kraftstoffen betrieben werden. Eine besondere Förderung einzelner Fahrzeugsegmente, etwa aufgrund der Fahrzeuglänge, lehnt der VAD ab.

E-Auto-Quoten gefährden Restwerte

Besonders kritisch sieht der Verband die geplanten Elektroautoquoten für gewerbliche Fahrzeugflotten. Sie könnten Unternehmen dazu zwingen, Elektrofahrzeuge unabhängig von der tatsächlichen Nachfrage und den betrieblichen Anforderungen anzuschaffen.

„Wenn Unternehmen gezwungen werden, Elektroautos am Markt vorbei zu beschaffen, drohen erhebliche Restwertrisiken“, warnt Weller. „Das kann zu Verwerfungen auf dem Gebrauchtwagenmarkt führen. Davon wären auch die Autohändler betroffen, die selbst große gewerbliche Flotten betreiben.“ Der VAD fordert deshalb, vollständig auf verpflichtende Elektroautoquoten für gewerbliche Flotten zu verzichten.

Europäische Produktion stärken, Bürokratie abbauen

Grundsätzlich unterstützt der VAD das Ziel, die Automobilproduktion in Europa zu stärken, wie sie Frankreich fordert. Vorgaben für eine europäische Produktion könnten sinnvoll sein, dürften aber weder zusätzliche Bürokratie verursachen noch den Import attraktiver Fahrzeuge unnötig erschweren.

Darüber hinaus fordert der Verband, das „Automotive Package“ für einen konsequenten Bürokratieabbau zu nutzen. Insbesondere die vorgeschriebene Energieverbrauchskennzeichnung von Fahrzeugen sei aufwendig, ohne einen entsprechenden Nutzen für Kunden oder Klimaschutz zu bringen. Die EU-Kommission plane sogar, diese Kennzeichnung künftig auch für Gebrauchtwagen verbindlich vorzuschreiben.

Der VAD schlägt stattdessen vor, die entsprechenden Informationen ausschließlich digital bereitzustellen und die physische Kennzeichnung in den Autohäusern abzuschaffen.

„Die Automobilhändler kennen ihre Kunden und deren Wünsche. Die Menschen misstrauen jedem Versuch, ihnen eine bestimmte Antriebstechnologie vorzuschreiben“, sagt Weller. „Immer attraktivere Elektroautos und auch die Kraftstoffpreise sorgen dafür, dass die Elektromobilität an Fahrt gewinnt. Diese Dynamik ist jetzt da. Verbote und Quoten helfen nicht – und wir brauchen sie auch nicht.“

Der Automobilhandel beschäftigt in Deutschland mehr als 300.000 Menschen und gehört zu den größten Ausbildungsbranchen. Der VAD appelliert deshalb an die Bundesregierung, bei den europäischen Verhandlungen für Augenmaß und einen Regulierungsrahmen einzutreten, der die Interessen der Kunden und Autofahrer in den Mittelpunkt stellt.

Der im Oktober 2025 gegründete Verband der Automobilhändler Deutschlands vertritt rund 6.000 Automobilhändler. Die Branche beschäftigt mehr als 300.000 Menschen, setzt jährlich rund 128 Milliarden Euro um und verkauft neben knapp drei Millionen Neuwagen etwa 6,5 Millionen Gebrauchtwagen. Zugleich gilt der Automobilhandel mit seinen Werkstätten als bedeutender Ausbildungssektor: Mehr als 60.000 junge Menschen erlernen hier einen Beruf, viele von ihnen mit Migrationshintergrund.

Kontakt:

Guido Reinking

Tel.: +49 173 9286106

E-Mail: guido.reinking@icloud.com